

# Mit einer Schlacht ist der Krieg noch nicht gewonnen

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **51 (1996)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-891913>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Mit einer Schlacht ist der Krieg noch nicht gewonnen...

sr. In Abwesenheit der bäuerlichen Prominenz – sofern wir uns der gängigen Meinung darüber, was Prominenz sei, anschliessen – ist am 9. Juni auf dem Biohof von Uschi und Hansjörg Schneebeli in Obfelden der Sieg in der Abstimmung über den neuen Verfassungsartikel über die Landwirtschaft gefeiert worden. Für einmal gehören die «grünen» Kräfte zu den Siegern.

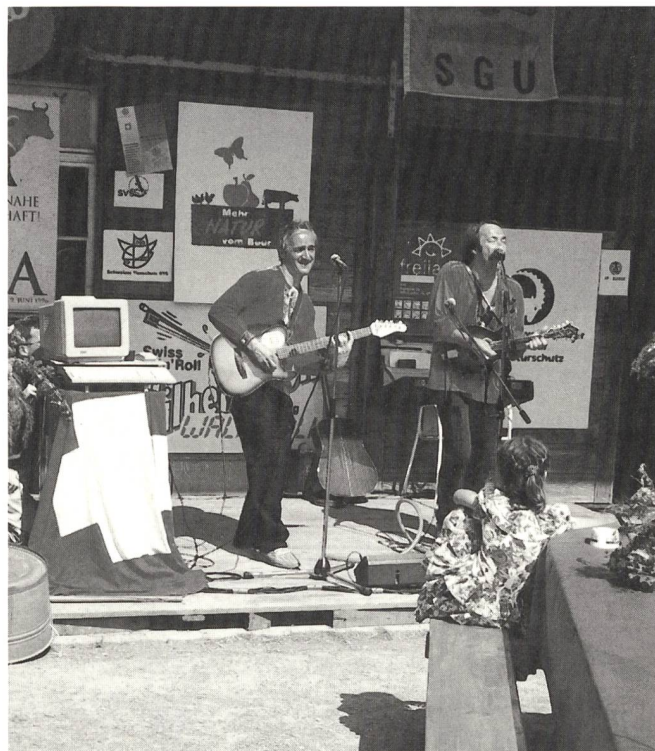
Wie lange? Wie der in der Verfassung geforderte ökologische Leistungsausweis in Gesetze und Verordnungen umgesetzt wird, wird erst die Zukunft zeigen. Die Opposition gegen die Vorlage traute sich vor der Abstimmung kaum, ihre Vorbehalte laut zu sagen. Die zahlreichen Leserbriefe in der bäuerlichen Presse und die Furcht vor einer «Öko-Diktatur» stimmen jedoch nachdenklich. Wann endlich begreifen diese Leute, dass mit dem Festhalten am Gewohnten bei den Konsumenten keine Lorbeeren mehr zu holen sind?

«Die Landwirtschaft bestimmen wir», stand als Überschrift über einem Kommentar von Walter Niederberger im «Bund» zu lesen. Mit «wir» sind die Konsumenten, alle Nicht-

bauern gemeint. Und das sind immerhin 96 % der Bevölkerung. Die bäuerliche Prominenz ist zweifellos gut beraten, wenn sie endlich anfängt, sich mit den Gegebenheiten auseinanderzusetzen, statt nach wie vor die Biobauern mitleidig zu belächeln.

Und wenn Marcel Sandoz, Präsident des Schweizer Bauernverbandes, in der «BauernZeitung» schreibt: «Die Agrarpolitik ist nur mit den Bauern zu machen» dürfte er sich den genau gleichen Illusionen hingeben wie Hermann Weyeneth oder sogenannte «neue» Zusammenschlüsse von Bauern, die nach wie vor einer «alten», vergangenen Ära nachtrauern.

Dass das, was uns auf der anderen Seite als «grün» und zeitgemäss angeboten wird, bei Licht besehen nicht immer besser ist als das



Siegesfeier mit Musik und Gesang

alte, ist ein Kapitel für sich. Gerade wir Biobauern haben in der Diskussion um die zukünftige Ausgestaltung der Agrarpolitik eine zentrale Aufgabe als Vermittler zwischen den Marktfanatikern, den Ökoidealistinnen und den Systembewahrern. Die Aufgabe ist nicht leicht. Aber lohnend und interessant.

## Wer stoppt den Grössenwahn der Technokraten?

Ein Gespenst geht um in Europa, seinen Ländern und Regionen. Es ist die Angst vor dem Verlust der eigenen Identität. Das Unbehagen sitzt tief, so dass jede Volksabstimmung über die europäische Einigung, ganz gleich in welchem Land, zu einer Zitterpartie wird. Es ist das Unbehagen gegenüber grossen Einheiten, gegenüber der Zentrale, gegenüber «Brüssel», aber auch gegenüber «Madrid» und «Berlin». Dieses Gespenst ist nicht einfach dadurch zu vertreiben, dass eu-

ropäische Politiker künftig mehr Bürgernähe versprechen oder davon reden, dass etwa die Kompetenzen des europäischen Parlamentes gestärkt werden müssen: Das ist sicher nötig, weil es nicht angeht, dass 15 Minister in geheimen Sitzungen entscheiden, was für 400 Millionen Menschen gut und recht sein soll, wie die Neue Zürcher Zeitung einmal sinnig geschrieben hat. Dennoch löst auch ein zentrales Parlament, das mehr Entscheidungsbefugnisse bekommt,

das zugrundeliegende Problem nicht. Echte Bürgerbeteiligung und -nähe ist damit noch nicht erreicht.

Genauso führt es in die Irre, wenn Gestrige die gegenwärtige Unsicherheit ausnutzen wollen und mit dröhnendem Vokabular die Restaurierung der «Nation» anstreben. Die Überwindung jener Nationalstaatlichkeit, die Europa in mörderische Kriege geführt hat, war ein Antrieb für die Schaffung eines